

bensbekenntnis hat die Kirche festgelegt, wer die Verantwortung hat. „Gekreuzigt unter Pontius Pilatus“, dem Repräsentanten der Weltmacht. Die Welt als solche trägt die Verantwortung.

Es kommt hinzu: die Ablehnung des Messias war im Heilsratschluß Gottes vorgesehen. Denn dieser Ablehnung wegen wurde Gottes Heilshandeln frei, um in die Völkerwelt hinauszudringen. Israel mit seinem Nein ist das einzige nicht antichristliche Nein. Paulus faßt es im Römerbrief zusammen dahin: darum sagt Israel Nein, damit erst die Fülle aus den Heidenvölkern eingehen kann, damit die Kirche erst die Vollzahl des Geistes erreicht, die Gott vorgesehen hat in seinem Ratschluß. Als dann wird ganz Israel gerettet werden.

Dieses ganz Israel ist theologisch viel diskutiert worden. Es redet ganz klar davon, daß das gesamte Israel, das Volk der Juden, am Heilsplan Gottes teilhaben soll. Ein ungeheurer Gedanke. Denn das bedeutet, daß die Juden in irgendeinem Sinne Mitgenossen unseres Glaubens sind, sie haben denselben Gott. Der Gott der Religionen ist nicht der Gott der christlichen Offenbarung. Der Gott von Blut und Boden ist nicht wirklich Gott. Es gibt nur einen Gott, der der wirkliche Gott ist. Das ist der von den Juden angebetete und gepriesene Gott. So gehören wir mit den Juden religiös zusammen. Und wir sollten diese Zusammengehörigkeit deutlicher herausstellen. In einer Welt antichristlicher Geister könnte dieses Zeugnis sehr bedeutend sein. Es bedeutet noch mehr. Wenn das so ist, dann sind die Juden geheimnisvoller Weise unsere Brüder. Nicht nur im Sinne der Menschenliebe und des Menschenbrudertums, sondern im Sinne der christlichen Offenbarung. Was daraus folgt, das sollte jeder Christenmensch aus seiner Bibel kennen.

Wie sollen wir uns dem Bruder gegenüber verhalten? Als sein Bruder. Daraus folgt, daß wir die Juden suchen sollten um der Kirche und des Menschen willen. Der Nationalsozialismus hatte sein Zentrum im Geist der Feindschaft gegen das Judentum. Und damit war er antichristlich. Die Kirchenverfolgung war erst im Anfangsstadium. Sie wäre erst gekommen. Ob wir dann als Kirche heute noch in der äußeren Existenz da wären, das fragt sich. Antichristlich war der Nationalsozialismus spezifisch, weil er den Gott der Juden bekämpfte, weil er einen Gottesglauben dagegen setzte, der ein Götzenglaube war.

Wir sollten an der Judenfrage uns bewähren als Christen. Denn diese Frage ist die Grundfrage, an der wir wieder gesund werden. Darum hat jeder Christenmensch eine ungeheure Verantwortung. Darum müssen wir alle Träger dieses Geistes und der Versöhnung und der Liebe sein. Darum darf niemand von uns es dulden, daß der Geist des Antichristen, der Geist der Feindschaft gegen das Judentum, weiter wuchert. Da müssen wir dann helfen, daß wir mit unseren jüdischen Mitbürgern in ein Verhältnis brüderlicher Verbundenheit kommen.

Ich möchte die Evangelische Akademie bitten, diese Veranstaltungen weiter zu tragen durch die Gemeinden hindurch. Laßt uns mithelfen frei zu werden, indem wir an dieser Frage gesund werden!

(Obige auszugsweise wiedergegebene Rede findet sich vollständig in: „Die Juden und wir Christen“, Hrsg. Dr. Hans Kallenbach, Frankfurt/M. 1950 S. 41 ff., das zur Zeit dieser Drucklegung erscheint.)

8d) Deutschland und die Juden

Der Berliner Rundfunk ist vor kurzem an die Jüdische Gemeinde zu Berlin mit der Bitte herangetreten, einen Vertreter bestimmen zu wollen, der einen Vortrag über die Ungerechtigkeit halten könne, die darin liegt, daß viele der jüdischen Menschen, die vom Naziregime ihrer deutschen Staatsbürgerschaft enteignet worden sind, diese noch immer nicht zurückerhalten haben. Ebenso hat die Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ sich kürzlich in zwei ausführlichen Leitartikeln mit dem Problem der „deutschen Judenheit“ befaßt und kam dabei zu der Schlußfolgerung: Die Juden waren gute Deutsche, und sie sollen es wieder sein! Die guten Absichten des Berliner Rundfunks wie des „Tagesspiegel“ sollen anerkannt und gewürdigt sein.

Aber ob sie andererseits richtig sind, ist eine zweite Frage. Eine unerhört wichtige Frage ist für die in Deutschland sich befindenden Juden damit aufgeworfen worden. Die beiden zitierten Stellen scheinen sich den Verlauf der Dinge ungefähr folgendermaßen vorzustellen: Das deutsche Volk hat es zum mindesten zugegeben, daß seine unangefochtene Vertretung die Juden unter anderem aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen hat. Dieser Handlung sind ungefähr sechs Millionen Juden zum Opfer gefallen. Zumindest die öffentlichen Fürsprecher des deutschen Volkes bedauern jetzt diese Tatsache und wollen die Juden in Deutschland wieder aufnehmen. Damit sollten die Juden doch bestimmt einverstanden sein! Aber für uns war der letzte Krieg nicht nur ein Krieg wie viele andere, wie er es anscheinend weitgehend für andere Nationen und Menschengruppen gewesen ist, die jetzt wieder, nachdem der Krieg nun einmal vorüber ist, diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen bereit sind. Für uns war er nicht nur eine unvergleichliche Katastrophe, unter der wir noch viele Generationen lang geistig und körperlich werden leiden müssen, sondern auch die Aufdeckung von Abgründen des menschlichen Charakters, wie er sich in Deutschland gebildet hat, die vorher nie erträumt waren. Es ist einfach unmöglich für uns, da wieder anzufangen, wo wir, sagen wir im Jahre 1938, unterbrochen worden sind. Amerika mag wieder normale diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufnehmen, und Rußland mag es tun, aber wenn der junge Staat Israel zum Beispiel diesem Vorbild folgen würde, so würde sich eine fraglos unbeschreibliche Welle der Empörung unter den Juden Israels wie unter den Juden der ganzen Welt breit machen. Wir sind in vielen Ländern verfolgt worden, aber man kann uns wahrhaftig nicht nachsagen, daß wir es Rußland, England und Frankreich zum Beispiel nachgetragen haben. Die Ausrottung in Deutschland war aber nicht nur eben eine neue Verfolgung; sie war ein metaphysisches Ereignis in unserer Geschichte, das sich nur mit der Zerstörung des zweiten Tempels zu Jerusalem durch Rom oder mit der Austreibung aus Spanien im Jahre 1492 vergleichen ließe. In allen Ländern der Welt betrachten sich die Juden zu Recht als gute Mitbürger: wir können uns vorstellen, daß man von „amerikanischen Juden“ oder „brasilianischen Juden“, sogar von „jüdischen Amerikanern“ oder „jüdischen Brasilianern“ sprechen kann, aber wenn das Wort „deutscher Jude“ oder gar „jüdischer Deutsche“ fällt, dann zuckt jeder Jude erschrocken zusammen. Das Hauptwort und das Adjektiv scheinen einfach nicht mehr zusammenzupassen; sie haben einen Fehlklang in unseren Ohren. Aus diesem Grunde ist der Versuch des „Tagesspiegel“ unrealistisch; und für den Berliner Rundfunk einen Juden zu finden, der dagegen protestieren sollte, daß er formell noch nicht wieder als Deutscher anerkannt ist, war schier unmöglich.

Und trotz alledem, die Tatsache bleibt bestehen, daß Juden weiterhin in Deutschland leben werden und schon darum zum mindesten einen Modus vivendi mit dem deutschen Volk finden müssen. Nun kann erstens nur die weitere geschichtliche Entwicklung entscheiden, welchen Klang das Wort „Deutschland“ letzten Endes in jüdischen Ohren haben wird. Die wenigen Jahre seit Kriegsende sind zu kurz, um eine endgültige Antwort zu ermöglichen.

(Aus einem Beitrag von Rabbiner Steven S. Schwarzschild in „Der Weg“, 4 [Berlin, 5. Aug. 1949] 31, S. 1/2)

8e) „Grüne Gräber, trauernde Weiden“

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Pflege der jüdischen Grabstätten und Friedhöfe (vgl. oben Seite 18 die Synodalerklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland) sei der folgende Beitrag auszugsweise wiedergegeben.

Wer den jüdischen Friedhof in Mainz betritt, ist im Gegensatz zu vielen anderen Orten überrascht von der Sauberkeit der gärtnerischen Anlagen, den gepflegten Gräbern und der Ordnung der Wege. 28 Morgen ist dieser Friedhof groß, der im Jahre 1864 angelegt wurde und heute rund viertausend Gräber beherbergt. Der frühere, über tausend Jahre alte jüdische Friedhof an der Mombacher Straße wurde im Jahre 1880 stillgelegt, nachdem der Jüdischen Gemeinde ausreichendes Gelände neben dem städtischen Hauptfriedhof zur Verfügung gestellt

worden war. Gleichzeitig wurden in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die kleineren jüdischen Friedhöfe in den Vororten Weisenau und Bretzenheim geschlossen. Baum und Strauch haben diese alten Friedhöfe überwuchert zumal in den Jahren der Verfolgung auch nicht die kleinsten Unterhaltungsarbeiten vorgenommen werden konnten. Die Umzäunung, die im Krieg abgebrochen wurde, soll nun nach und nach wieder instand gesetzt werden, um dem weiteren Verfall durch Mißbrauch des Ortes Einhalt zu gebieten. Sowohl der Oberbürgermeister von Mainz, Franz Stein, wie der Bezirksdelegierte von Rheinhessen, Mr. Chauchoy, überzeugten sich an Ort und Stelle von der Dringlichkeit dieser Aufgabe.

Aber auch auf dem neuen jüdischen Friedhof hat die jüngste Vergangenheit noch ihre Spuren hinterlassen. Schändungen und Plünderungen in der Nazizeit verschonten auch diesen Ort der letzten Ruhe nicht. Grabsteine waren umgeworfen, Grabinschriften zerstört, Bronzetafeln und Bronzeschmuck gestohlen. Da die jüdische Gemeinde selbst ohne jede Mittel war, hat es die Stadtverwaltung Mainz nach dem Kriege übernommen, den jüdischen Friedhof wieder in den heutigen würdigen Zustand zu versetzen, die Umzäunung wieder herzustellen und die schlimmsten Schäden zu beseitigen. Mit Verordnung vom 28. März 1947 hat der damalige Innenminister von Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan, alle Regierungspräsidenten auf die pietätvolle Pflege jüdischer Grabstätten hingewiesen. „Ich ordne hiermit an“, so schrieb Minister Steffan, „daß die Instandsetzung der durch das Naziregime verunstalteten und geschändeten jüdischen Friedhöfe, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich zu erfolgen hat in einer Weise, die der Würde und Heiligkeit des Ortes entspricht. Sofern die jüdischen Gemeinden zur Kostentragung außerstande sind, gehen die Kosten zu Lasten der Gemeinde. Auf diese Weise trägt die Allgemeinheit einen sichtbaren Beitrag zur Wiedergutmachung mißachteter Toleranz, die in der Vergangenheit gegenüber dem jüdischen Volksteil nicht durch die gebotene Rücksichtnahme auf die Gefühle des Anstandes der Menschlichkeit, Pietät und guten Sitten bestimmt war.“

Die Stadt Mainz hatte schon vor diesem Erlaß mit der Wiederherstellung der jüdischen Friedhofsanlagen begonnen. Sie hat diese Arbeiten in den vergangenen Jahren weiter fortgeführt und im laufenden Etat die Gesamtkosten der personellen und sachlichen Ausgaben in den Haushalt der Hauptfriedhofsverwaltung übernommen. Neben dem Friedhofsverwalter Jakob Stock, der bereits in den schwersten Jahren der Verfolgung die Pflege des Friedhofs übernommen hatte, sind ständig ein Gärtner und ein Hilfsarbeiter auf dem jüdischen Friedhof beschäftigt. Bei Bedarf werden außerdem Totengräber und Reinigungskolonnen zur Verfügung gestellt. Die letzten Instandsetzungsarbeiten, die noch am gut erhaltenen Totenhaus durch Verglasung der Fenster vorgenommen werden müssen, sind im neuen Etat vorgesehen.

Die Jüdische Gemeinde zählte vor 1933 etwa 3500 Mitglieder. Sämtliche Männer, Frauen und Kinder, soweit sie nicht ins Ausland entkommen konnten, starben in den Gefängnissen, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Nur sechzehn Juden haben die Schreckensjahre überstanden und sind zurückgekehrt. In Mainz leben heute 53 Juden und in ganz Rheinhessen nur noch 76 jüdische Männer und Frauen. 28 Gemeindemitglieder haben den Foltern und Schrecken des Dritten Reiches den Freitod vorgezogen. Auch sie liegen hier begraben, oft ohne Grabumrandung und ohne Stein. Nur ein Holzschild kündigt noch ihre Namen, mancher bekannter Mainzer Bürger, einst angesehen und geachtet, liegt hier im letzten Schlaf. Manche junge hoffnungsvolle Begabung wurde in der Blüte ihres Lebens ermordet. Von 72 weiteren Männern und Frauen sind die Urnen mit ihrer Asche in die Erde beigesetzt. Still und ohne Beistand mußten die Opfer beigesetzt werden. Unsagbare Trauer und Wehmut wird für immer über diesem schicksalsschweren Ort ruhen, so lange Menschen sich der Ermordeten erinnern.

Zu Ehren der Opfer hat die Jüdische Gemeinde in Mainz im September 1948 ein Mahnmal am Eingang des Friedhofs errichten lassen, das die Inschrift trägt:

Unseren Opfern zum Gedenken
Den Mördern zur Schande
Den Lebenden zur Mahnung.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 5, [Düsseldorf, 26. Mai 1950] 7, S. 5)

8f) McCloy zur Wiedergutmachung

Anläßlich der Rede des amerikanischen Hochkommissars, John J. McCloy zur Eröffnung des Amerikahauses in Hannover am 22. 5. 1950 über die amerikanischen Ziele in Deutschland, erinnerte der Hohe Kommissar u. a. an die Naziverfolgung der Juden als eine der schwersten Ungerechtigkeiten in der Geschichte der Neuzeit und sagte zum Thema Wiedergutmachung:

„Das deutsche Volk und seine politischen Führer können aus eigenem Entschluß viel tun, um zu beweisen, daß sie die Haltung und Freundschaft anderer Völker anerkennen. Die anderen Völker und — davon bin ich überzeugt — auch alle rechtschaffenen denkenden Deutschen, wissen, daß eine der schwersten Ungerechtigkeiten in der Geschichte der Neuzeit leider auf deutschem Boden stattfand: die Naziverfolgung der Juden und all derer, die Widerstand zu leisten wagten. Den Toten kann niemand mehr helfen. Aber eine rasche und großzügige Wiedergutmachung, die den Verfolgten ihr rechtmäßiges Eigentum zurückgibt, könnte den guten Willen des deutschen Volkes beweisen. Es sollte nicht notwendig sein, daß von alliierter Seite ständig an die Durchführung dieser Wiedergutmachung gemahnt wird. Sie ist eine Verpflichtung, mehr moralischer als wirtschaftlicher Art, die das deutsche Volk erfüllen muß. Der Geist und die Schnelligkeit, mit der es ihr nachkommt, wird in beträchtlichem Ausmaße die Haltung der anderen Völker beeinflussen... Noch wichtiger ist jedoch, daß die Wiedergutmachung die moralische Entwicklung des neuen Deutschland kennzeichnen wird.“

(Aus: „Die Neue Zeitung“, 23. 5. 1950)

8g) Arbeitsplätze für Verfolgte

Dr. Philipp Auerbacher schreibt in der „Allgemeinen Wochenzeitung“ (31. 3. 1950) über die Lage der politisch und rassistisch Verfolgten unter anderem folgendes:

„Ein Teil der Verfolgten hat sich nach dem Kriegsende ins kaufmännische Leben einfügen können, aber der weitaus größere Teil konnte es nicht. Ein sehr großer Teil der politisch und rassistisch Verfolgten, gerade die treuesten Kameraden aus dem Arbeiterstand, mußten feststellen, daß sie infolge der Mißhandlungen nicht mehr in der Lage waren, als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt zu werden, so daß diese zum weitaus größten Teil die große Zahl der Arbeitslosen in den politisch und rassistisch verfolgten Kreisen darstellen. Ich habe in einem Vortrag vor dem Ausschuß für Beamtenrecht des Deutschen Bundestages die Forderung erhoben, daß man in der gleichen Weise wie für die Schwerbeschädigten auch für die rassistisch und politisch verfolgten Angestellten, Arbeiter und Beamten des öffentlichen Dienstes sorgen sollte, indem man einen Prozentsatz von Menschen, die ihre Charakterstärke in den zwölf Jahren der Hitlerzeit unter Beweis gestellt haben, dort einsetzt, wo es manchmal mehr darauf ankommt, den Charakter zu beweisen, als die Routine eines langjährigen Beamtenmenschen.“

Es ist zu begrüßen, wenn im Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts die Wiederherstellung des früheren Rechts gefordert wird und in § 32 ausdrücklich auf die Aufnahme der früheren Tätigkeit hingewiesen wird. Neben der materiellen Wiedergutmachung gibt es die moralische, und im Namen dieser moralischen Wiedergutmachung haben wir ein Recht zu fordern: „Sorgt dafür, daß, bei gleichen Kenntnissen und Arbeitsfreudigkeit, politisch und rassistisch verfolgte Menschen sich durch ihre Arbeit und ihren Fleiß behaupten können und daß sie dem Staat und auch der Privatwirtschaft die Gewähr geben können, ihre Charakterfestigkeit von einst auch heute unter Beweis zu stellen.“

8h) Wille zu praktischer Arbeit

Studentische Jugend Berlins spricht zu den Juden Berlins

Die „Allgemeine Wochenzeitung“ gibt die folgenden zwei Briefe evangelischer Berliner Studenten wieder und bemerkt dazu:

„Daß die jungen Menschen der Berliner Universitäten